

# Volksstimme

**Sozialdemokratisches Organ (alte Partei)**  
für den Regierungsbezirk Merseburg  
Erscheint mit der Sonntags-Unterhaltungsbeilage „Der Gesellschaft“  
täglich nachmittags 2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Verlag und Expedition:**  
Galle a. S., Große Ulrichstraße 27  
Preis pro Nummer 5 Pfennig  
Jahrespreis 1,50 Mk. (für die Mitglieder-Beilage, Kollektionen mit 50% Aufschlag, — Einkauf der Zeitungszustellung für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr. —)

**Redaktion:**  
Galle a. S., Gr. Braunschweigstraße 17  
Telefon 46 91, vierstündlich 6.00 Uhr. u. 1.30 Uhr. Postfach 489.  
Erscheinungstaglich von 9.12.— bis 1.1. Uhr.

Nr. 55      Preis pro Nummer 2.25 Mk. bei Einzelbestellung 2.00 Mk.      4. Jahrgang  
Durch die P. Post monatlich 2.00 Mk.      Kollektionen mit 50% Aufschlag, — Einkauf der Zeitungszustellung für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr. —  
Sonntag 46 Pf., vierstündlich 6.00 Uhr. u. 1.30 Uhr. Postfach 489.      Halle, Freitag, den 5. März 1920

## Alarm für den Sozialismus!

Von Otto Hue.

Was ist geschehen? Man denke: Die Regierung will hinter 'rum sozialisieren! „Alarm!“ überschreibt deshalb Generaldirektor Dr. Silberberg von der großen Rheinischen A.-G. für Braunkohlenbergbau (Rhb.) einen fulminanten Artikel in Nr. 101 der „Volksstimme“. „Alarm!“ löbt es aus besonderen Abhandlungen in der montanindustriellen Fachpresse, „Alarm!“ auch aus Korrespondenzartikeln, die bis in den „unparteiischen Generalanzeiger“ hinein lanciert werden.

Was ist geschehen? Das Reichswirtschaftsministerium hat bereit, die Kohlenpreise um einen noch genau zu bestimmenden Betrag zu erhöhen und die Einnahmen daraus den Bergwerkbetreibern zwecks Finanzierung von Erweiterungs- und Neuanlagen zu überlassen, wenn dem Reich für dieses so eingebraute Kapital ein Miteigentumsrecht an den betreffenden Werken eingeräumt wurde.

Das ist alles, aber auch wirklich alles. Das nennt die Unternehmenspresse „hinten 'rum sozialisieren“, und schlägt „Alarm“. Das Reichswirtschaftsministerium hätte keine Vorhänge in sein „Verfahren“ dem Reichskohlenverband zur internen Diskussion unterbreitet. Die Beiträge sind dann wörtlich in der privatkapitalistischen Presse publiziert worden mit ungemessen übertriebenem Aufsehen, namentlich gegen den Unterstaatssekretär Dr. Kirsh in genanntem Ministerium. Dieselbe Seite, mit die Vorhänge in den auf Grund des Kohlenwirtschaftsgesetzes bzw. seinen Ausführungsbestimmungen stehenden Korporationen sachlich zu diskutieren, schließt nun „Alarm!“ und behauptet noch dazu das Reichswirtschaftsministerium, es bringe Beunruhigung in den Bergbau, „schade der Förderung“.

Selbst eine so wenig sozialisierungswürdige Zeitung wie das „Berl. Tagbl.“ äußert sich zu den Verlässen: wenn „dem Konium die Aufbringung von Zweiteilungskapitalien für die Produzenten zugemutet“ würde, so ist „es nur recht und billig“, daß die öffentlichen Finanzen ein Kontrollrecht über die Verwendung der Gelder erhalten.

In der Tat ist das nur recht und billig. Eine Sozialisierung ist das so wenig, wie der Unterstaatssekretär Dr. Kirsh unter Parteiloseffekt ist. Es ist eine Finanzierungsaaktion, wobei das Reich als Kapitalgeber auftritt und dafür nicht mehr Rechte beansprucht als ein privater Kapitalist, der sich am Bergbau mit Kapitalanlage beteiligt.

Herr Dr. Silberberg behauptet, der „deutsche Bergbau“ habe „niemals“ die Erhöhung der Brennstoffpreise verlangt, um auf diesem Wege Mittel für Erweiterungsarbeiten und Anlagen und für den „Aufschub neuer Bergwerke“ zu erlangen. Kommt in der Sitzung vom 28. Febr. im Reichswirtschaftsministerium gesagt worden, daß dieses Verlangen tatsächlich im Herbst v. Jahres nicht im Beisein des Herrn E.) erhoben worden ist. Das erklärt ja auch ohne weiteres, warum das Reichswirtschaftsministerium jene „Rechtshandlung“ ausgearbeitet hat. Sichtlich der großen Brennstoffpreiserhöhungen, die lediglich zum Ausgleich der Betriebskosten, nämlich aller Ausgaben für Instandhaltung usw., die gewöhnlichsmäßig aus den laufenden Betriebseinnahmen gedeckt werden, ist kein Anspruch auf Miteigentumsrechte des Reiches erhoben worden. In der Sitzung am 28. Febr. wurde allerdings von dem rhein-westfälischen Antiquarier versucht, die im Herbst geforderte höhere Kohlenpreiserhöhung mit der Erklärung Silberbergs in Einklang zu bringen; aber der Versuch mißte misslingen. Da die Bergwerksunternehmer sich gegen das vorerwähnte Miteigentumsrecht des Reiches aussprachen, lebte das Ministerium auch die geforderte Kohlenpreiserhöhung ab (18 Mt. pro Tonne). Dieser Vorgang ist von symptomatischen Bedeutung, weil er in klarer Weise erweist, wie die Schwerindustrie heute wieder mit vor dem Kriege (Winterkampfe!) mit jeder Hartnäckigkeit jede Befristung der reinsozialistischen Wirtschaft bekämpft.

Die Durchführung der „Rechtshandlung“ würde nur gemischt-wirtschaftliche Vorteile schaffen, in denen das Privatkapital noch weit überwiegt. Ich behaupte, daß das Unternehmertum um die Stunde des Jahres 1918 dieser Art von „Sozialisierung“ keinen starken Widerstand geleistet hätte! Heute glauben sie schon, die legale Schaffung gemischt-wirtschaftlicher Bergwerbsbetriebe mit dem Schwanken des „roten Lappens“ hinzurufen zu können.

Das Reich wurde bereits durch Eingabe von Anlagekapital an großindustrielle Unternehmungen zu Mit-

## Reichsanwalter Bauer zur innenpolitischen Lage.

**Sudapen, 4. März. WZB. berichtet:** Reichsanwalter Bauer las in einem Sonderberichterstattung des Reichstages: Die innenpolitische Lage kann im Augenblick als außerordentlich befriedigend angesehen werden. Die Wichtigkeit der notwendigen Reformen des Reiches zu wissen und gleichzeitig die im Friedensvertratte vorgeschriebenen Reformen, die der Deutsche zu leisten hat, ist an eine arbeitserleichternde Regierung geknüpft. Nicht nur jetzt, sondern auch für die nächsten Jahrzehnte wird eine deutsche Regierung, die in der Reichstagsarbeit nicht alle Stimme auf sich hat, unmöglich sein. Wenn die Arbeiter auch vollständig eine Erklärung der Opposition im Parlament auf der rechten oder linken Seite bringen werden, ist eine Veränderung in der Zusammensetzung der Regierungsausschüsse zu erwarten. Die Wünsche einer langjährigen Bestimmung der wirtschaftlichen Systeme, mehrheitlich in den letzten Monaten, die Überwindung der Reformen hängt von den Forderungen der Arbeiter, der Einzelne ganz anders vorzuziehen, von der Rekonstruktion des deutschen Reiches ab, und das Reformproblem ist so flüchtig wie der Wolkenschein. Die wirtschaftliche Lage, die den Reichsanwalter Bauer in der letzten Sitzung des Reichstages und der Reichsanwalter Bauer in der letzten Sitzung des Reichstages, ohne das eine wirtschaftliche und soziale Beziehung in Europa nicht möglich ist.

### Sozialdemokratie und Kabinettsfrage.

**Berlin, 4. März. WZB.** Die sozialdemokratische Korrespondenz sagt, daß der Reichstag, das Reichswirtschaftsministerium durch einen Zentrumsmann zu beschicken, von der Sozialdemokratie durch Stellung der Kabinettsfrage zurückgewiesen werden müßte.

### Der Reichsrat.

**Berlin, 4. März. WZB. m. Det:** In der heutigen Sitzung des Reichsrates wurde der neue Etat der Reichsanwalter angenommen. Hier wird eine Vermehrung der Beamten im 112. Geschehen. Es sollen 353 Beamtenhelfer und ebenfalls neue Bedienstete angestellt werden. In dem Entwurf über die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit wird im Ausschuss auf Antrag Baders und Sessens eine Bestimmung angebracht worden, wonach Baden und Hessen das Verwaltungsrecht vorzuziehen sein soll für den Fall, daß die Landesverhältnisse der beiden Länder sich nicht in einem Grade unterscheiden können. — Die Mehrheit entschied sich für die Streichung des badischen Antrages. — Im letzten wurde die Vorlage angenommen. Als Termin des Antretens wurde der 1. Oktober 1920 bestimmt. — Vom Reichstag wird im Ausschuss von Herrn Reichsminister die Entwurfsarbeiten gegen das Reichswirtschaftsministerium gebildet werden. Dieser Ausschuss hat eine Zeitrichterliche Behörde vor. Den Vorsitz führt der Minister des Innern.

### Der Strafantrag im Prozeß Erberger — Jelfersich.

Oberstaatsanwalt Raue beantragt nach der Berücksichtigung aller Umstände, sowie der günstigen Vermögenslage des Angeklagten eine Geldstrafe von 500 Mark, Publikationsaufwand und Unschadbarmachung der Platten der Prospektur.

### Wiederannahme des Eisenbahnverkehrs zwischen Deutschland, Frankreich und Belgien.

**WZB. Basel 4. März.** In Basel tagten am 3. und 4. März etwa 50 Vertreter der französischen, belgischen, deutschen und Schweizerischen Eisenbahnverwaltungen.

eigenümern an solchen. Erinnert sei an die Finanzierung der Société als eines öffentlichen Mittels. Der Fall der Jelfeder hätte ist noch lehrreicher. Dieses Unternehmen sollte bekanntlich hauptsächlich wegen seiner bedeutenden Erzfelder, durch Reichsbesitz vollständig in Reichseigentum überführt werden. Darauf erbot sich die Werksbetreiber, das Reich als Miteigentümer aufzunehmen und zwar auf die Weise, daß ihm 1/2 der Aktien und ein, außerdem weitgehende Kontrollrechte übertragen werden. Der Geldbetrag für die Aktien sollte gestellt werden aus der Summe von 30 Millionen Mark, die Jelfede 1916 aus Reichsmitteln ohne Rückgabeverpflichtung erhielt, zwecks stärkerem Ausbau seiner Eisenbahnverbindung. Ingefolgt der gemäßigten Einwände, die auch unterdessen gegen den Abscheu-Belebenswurf erhoben wurden, akzeptierte die Reichsregierung das Angebot der Abscheu-Belebenswerter. Das Reich ist also zum Miteigentümer der Jelfeder Sütte, und diese „Sozialisierung“ von hinten 'rum“ ist auf Angebot der Hüttenunternehmer erfolgt! Jetzt soll eine grundsätzliche gleiche Aktion den Bergbau angeht, in die größte Gefahr bringen.

Die „Rechtshandlung“ des Reichswirtschaftsministers betrauen also nicht einmal Finanzpolitisches Neuland. Vor Jahresfrist haben auch Zeitungen, die heute groß

tungen, um die Bedingungen für die Wiederannahme des seit Kriegsbeginn gänzlich unterbrochenen direkten Güterverkehrs zwischen Frankreich und Belgien einerseits und Deutschland andererseits festzulegen. Nach längeren und mühsamen Verhandlungen ist schließlich eine Einigung zustande gekommen, die es ermöglicht, den direkten Güterverkehr wieder aufzunehmen. Außerdem sind Verhandlungen über die Wiederannahme der gegenseitigen Wagenbenutzung eingeleitet. Endlich ist auch noch eine Konferenz in Aussicht genommen, welche die Grundfragen für die Einrichtung des direkten Personenvverkehrs schaffen soll.

### Ergebnis der Wahlen zum Komjet.

**WZB. Helsinki 4. März. Savas.** Die Sowjetwahlen in Moskau für 1918/19 ergeben für die Kommunisten 80 Prozent der Stimm. Die Wirtschaftsergebnisse sind die Unabhängigen 121 Mandate.

### Der Völkerbund und die Schweiz.

**WZB. Bern, 4. März.** Der Ständerat hat am Donnerstag mit 30 gegen 5 Stimmen das Eingehen auf die Vorlage des Bundesrats betreffend den Beitritt zum Völkerbund beschlossen. Die formelle Schlussabstimmung findet am Freitag statt.

### Beginnende Einfließ der Londoner Konferenz.

Aus dem „Vorwärts“ entnehmen wir: „Das de Paris“ teilt mit, daß die Londoner Konferenz ein Wirtschaftsmittel abgelehnt habe. Darin heißt es u. a., die Gefahr für Europa bestehe nicht, wenn Deutschland stark sei, sondern wenn es vernichtet werde. In der sehr langen Einleitung wird die Notwendigkeit betont, an der wirtschaftlichen Wiederherstellung Deutschlands und Frankreichs mitzuarbeiten und zu diesem Zwecke genügend Rohstoffe und Fertigkeiten zu liefern. Frankreich sollte die Aufmerksamkeit, daß die Wiederherstellung der vertriebenen Gebiete eine internationale Frage im allgemeinen europäischen Interesse bedeute. „Das de Paris“ behauptet, daß man allgemein viel schwächer werde und daß man schließlich auch noch auf den Ertrag der anderen von Deutschland verschuldeten Schäden verzichten werde.

### Das wirtschaftliche Gleichgewicht Europas.

**Gaa, 4. März. WZB.** läßt melden: Post Niemann, Genf, meldet Genina Stenard, daß der Dörfle hat ein Memorandum über die Teuerung veröffentlicht hat, dessen letzte Seite die Wirtschaft mit Deutschland bespricht. Es heißt darin, Deutschland ist für den gesamten Weltmarkt anzuheben. Ohne die deutsche Erzeugnisse und deutsche Organisation ist der Konflikt Europas unauflösbar und Europa wird Amerika und Japan überfließen. Die Alliierten müßten Deutschland bei jedem Wiederbesuch beihilfen. Wenn man Deutschland und Frankreich nicht in den besten Zustand zurückbringe, die so dem Krieg, damit die Industrie wieder fortgesetzt werden zu arbeiten, könne das wirtschaftliche Gleichgewicht nicht wieder hergestellt werden.

### Eine internationale Ernährungskonferenz.

**WZB. Gaa, 4. März.** Die „Nieme Conrart“ teilt mit, wird laut Brüsseler „Standard“ die internationale Ernährungskonferenz in kurzem wahrscheinlich in Brüssel stattfinden.

„Alarm!“ schlagen, die finanzielle Miteilnahme des Reiches an schwerindustriellen Unternehmen als eine notwendige Konzession an die dem Sozialisierungsgeboten stark zunehmende öffentliche Meinung empfohlen. Heute wird schon die Scheinsozialisierung als ein „Verbrechen“ gegen das „schlechtste Privateigentum“ heftig bekämpft. Die bloße Miteilnahme des Reiches am Bergbau ist sogar auf einer Frage des „Ein über Nichts!“ des Reichswirtschaftsministers, seiner Gesellschafter und seines Entlassens“ aufgearbeitet worden (Rhb. Zeitung). Wie man im kaiserlichen Deutschland einem Minister, der den schändlichsten Versuch macht, den Bergarbeiterforderungen entgegenzukommen, gerecht zu werden, zu einem „einem kleinen Mann“ verhält, so möchte man jetzt einen Minister, der sich weigert, ohne Sicherung der Allgemeininteressen die Kohlenpreise zu erhöhen, durch die Alarmierung der privatkapitalistischen Interessenten zum Abtritt bringen. Im nicht weniger handelt es sich — zunächst.

Grundsätzlich geht der von mehrgenannte Kampf der privatkapitalistischen Interessenten gegen den Sozialismus überhaupt. In geschichtlicher Weise wird der sozialistische große Kampf bis vor der Revolution kapitalistischer, in den







Partei-Angelegenheiten.

Berein Arbeiter-Jugend. Die nächste Zusammenkunft findet Freitag, den 5. d. Mts., abends 7 Uhr im „Kaufmännischen Brau“, Zimmer Nr. 2 in der Mittelstraße statt.

Die Kirchenfrage und der Sozialismus.

Zu dem schon wiederholt in unserer Zeitung behandelten Thema erhalten wir einen weiteren Beitrag als Fortsetzung der Diskussion über die Demokratisierung der Kirche.

An dem Nachwort in seiner Revue „Die Kreuzzugskolonnen“ lehrt Herr Tolstoj, ausgehend von der allseitig herrschenden Auffassung der Ehe, auch mit der Stellung der Kirche zu ihr auseinanderzusetzen.

Eine christliche Ehe kann es nicht geben und hat es nie gegeben, wie es nie einen christlichen Gottesdienst gegeben hat und geben kann.

Und in der Tat: Wenn man sich einmal vorurteilslos und ohne die theologische Brille mit den Schriften des neuen Testaments befaßt, wird man erstaunt sein, wie wenig die Dramatisierung der Kirche zur Sache Christi damit, wie sehr die Christuslehre überhaupt nicht, das einmal dahingehört (bleiben) mit dem sozialdemokratischen Ideal übereinstimmt.

Die Kirche ist eine christliche Kirche, die sich von der sozialdemokratischen und christlichen Weltanschauung abhebt, weil sie sich in dem Materialismus, dem sozialistische Führer der Kirche bisher gelehrt haben, verankert hat.

Die Kirche ist eine christliche Kirche, die sich von der sozialdemokratischen und christlichen Weltanschauung abhebt, weil sie sich in dem Materialismus, dem sozialistische Führer der Kirche bisher gelehrt haben, verankert hat.

Die Kirche ist eine christliche Kirche, die sich von der sozialdemokratischen und christlichen Weltanschauung abhebt, weil sie sich in dem Materialismus, dem sozialistische Führer der Kirche bisher gelehrt haben, verankert hat.

Die Kirche ist eine christliche Kirche, die sich von der sozialdemokratischen und christlichen Weltanschauung abhebt, weil sie sich in dem Materialismus, dem sozialistische Führer der Kirche bisher gelehrt haben, verankert hat.

Die Kirche ist eine christliche Kirche, die sich von der sozialdemokratischen und christlichen Weltanschauung abhebt, weil sie sich in dem Materialismus, dem sozialistische Führer der Kirche bisher gelehrt haben, verankert hat.

Die Kirche ist eine christliche Kirche, die sich von der sozialdemokratischen und christlichen Weltanschauung abhebt, weil sie sich in dem Materialismus, dem sozialistische Führer der Kirche bisher gelehrt haben, verankert hat.

Die Kirche ist eine christliche Kirche, die sich von der sozialdemokratischen und christlichen Weltanschauung abhebt, weil sie sich in dem Materialismus, dem sozialistische Führer der Kirche bisher gelehrt haben, verankert hat.

Die Kirche ist eine christliche Kirche, die sich von der sozialdemokratischen und christlichen Weltanschauung abhebt, weil sie sich in dem Materialismus, dem sozialistische Führer der Kirche bisher gelehrt haben, verankert hat.

Aus dem Stadtkreis.

Seite 5. März 1920.

Mitglieder-Vammlung des sozialdemokratischen Vereins.

„Die neue Steuererhebung“ lautete das Thema, über das Gen. Schäfer am Mittwochabend im Kreise der Parteigenossen und -Genossen, die sich im großen Saale des „Nikolaus“ versammelt hatten, sprach.

Im aber diesen ungeheuerlichen Druck ertragen zu können, müssen wir uns systematisch wieder aus den letzten Wirtschaftskrisen (dem die Volkswirtschaft entwanden ist) herausarbeiten.

Des weiteren ist auf dem steuerrechtlichen Gebiete ein großer Fortschritt gemacht worden. Die Steuererhebung ist in den letzten Jahren sehr zurückgegangen und es wird kaum die Steuerlast gleichmäßig auf das ganze Deutsche Reich verteilt.

Das Rückgrat auf zu erhebenden Steuern wird die Reichs-Einkommensteuer bilden. Sie ist eine direkte Steuer und soll 7 1/2 Milliarden einbringen.

Die Kapitalertragsteuer soll die Stelle ersetzen, die sich jetzt auf der Bank anheben. Vor allem aber diejenige, die verarmend leben und das Vermögen verpfänden müssen.

Die Kapitalertragsteuer soll die Stelle ersetzen, die sich jetzt auf der Bank anheben. Vor allem aber diejenige, die verarmend leben und das Vermögen verpfänden müssen.

Die Kapitalertragsteuer soll die Stelle ersetzen, die sich jetzt auf der Bank anheben. Vor allem aber diejenige, die verarmend leben und das Vermögen verpfänden müssen.

Die Kapitalertragsteuer soll die Stelle ersetzen, die sich jetzt auf der Bank anheben. Vor allem aber diejenige, die verarmend leben und das Vermögen verpfänden müssen.

Die Kapitalertragsteuer soll die Stelle ersetzen, die sich jetzt auf der Bank anheben. Vor allem aber diejenige, die verarmend leben und das Vermögen verpfänden müssen.

Die Kapitalertragsteuer soll die Stelle ersetzen, die sich jetzt auf der Bank anheben. Vor allem aber diejenige, die verarmend leben und das Vermögen verpfänden müssen.

Die Kapitalertragsteuer soll die Stelle ersetzen, die sich jetzt auf der Bank anheben. Vor allem aber diejenige, die verarmend leben und das Vermögen verpfänden müssen.

Das Reichsnotopfer soll eine direkte Vermögensabgabe darstellen. Man will damit in 150 Jahren unsere gesamte Kriegsschuldentlastung abgedeckt haben.

Die Erbschaftsteuer ist ebenfalls sehr präzise ausgebaut worden. In der Tat ist eben in solcher Not, daß jedes Erbe erkräftigt werden muß.

Die Erbschaftsteuer ist ebenfalls sehr präzise ausgebaut worden. In der Tat ist eben in solcher Not, daß jedes Erbe erkräftigt werden muß.

Die Erbschaftsteuer ist ebenfalls sehr präzise ausgebaut worden. In der Tat ist eben in solcher Not, daß jedes Erbe erkräftigt werden muß.

Die Erbschaftsteuer ist ebenfalls sehr präzise ausgebaut worden. In der Tat ist eben in solcher Not, daß jedes Erbe erkräftigt werden muß.

Die Erbschaftsteuer ist ebenfalls sehr präzise ausgebaut worden. In der Tat ist eben in solcher Not, daß jedes Erbe erkräftigt werden muß.

Die Erbschaftsteuer ist ebenfalls sehr präzise ausgebaut worden. In der Tat ist eben in solcher Not, daß jedes Erbe erkräftigt werden muß.

Die Erbschaftsteuer ist ebenfalls sehr präzise ausgebaut worden. In der Tat ist eben in solcher Not, daß jedes Erbe erkräftigt werden muß.

Die Erbschaftsteuer ist ebenfalls sehr präzise ausgebaut worden. In der Tat ist eben in solcher Not, daß jedes Erbe erkräftigt werden muß.

Die Erbschaftsteuer ist ebenfalls sehr präzise ausgebaut worden. In der Tat ist eben in solcher Not, daß jedes Erbe erkräftigt werden muß.

Die Erbschaftsteuer ist ebenfalls sehr präzise ausgebaut worden. In der Tat ist eben in solcher Not, daß jedes Erbe erkräftigt werden muß.

Die Erbschaftsteuer ist ebenfalls sehr präzise ausgebaut worden. In der Tat ist eben in solcher Not, daß jedes Erbe erkräftigt werden muß.

Die Erbschaftsteuer ist ebenfalls sehr präzise ausgebaut worden. In der Tat ist eben in solcher Not, daß jedes Erbe erkräftigt werden muß.

Die Erbschaftsteuer ist ebenfalls sehr präzise ausgebaut worden. In der Tat ist eben in solcher Not, daß jedes Erbe erkräftigt werden muß.

Die Erbschaftsteuer ist ebenfalls sehr präzise ausgebaut worden. In der Tat ist eben in solcher Not, daß jedes Erbe erkräftigt werden muß.

Die Erbschaftsteuer ist ebenfalls sehr präzise ausgebaut worden. In der Tat ist eben in solcher Not, daß jedes Erbe erkräftigt werden muß.

Die Erbschaftsteuer ist ebenfalls sehr präzise ausgebaut worden. In der Tat ist eben in solcher Not, daß jedes Erbe erkräftigt werden muß.

Die Erbschaftsteuer ist ebenfalls sehr präzise ausgebaut worden. In der Tat ist eben in solcher Not, daß jedes Erbe erkräftigt werden muß.

Die Erbschaftsteuer ist ebenfalls sehr präzise ausgebaut worden. In der Tat ist eben in solcher Not, daß jedes Erbe erkräftigt werden muß.

für Berlin an. Die Fernbahn für Berlin heuert sich nach dem neuen Tarif auf 180 M. Die Ostbahn für die einzelne Strecke nach Gumbinnen auf 20 M.

Außerdem wird voranschläglich für einen Hauptbahnhof 1000 Mark, für einen Nebenbahnhof 200 M als Unterhaltungsgebühren angefordert werden, und zwar sind das für neue wie für bereits bestehende Anschlüsse. Ferngebühren die bis 100 Kilometer 1 M, bis 500 2 M, bis 1000 3 M über 1000 4 M betragen, werden zum Zutritt miteingerechnet. Ein dreijähriges Gehaltslohn soll die volle Gehälter. Daher würde ein dreijähriges Fernnetz sich über 1000 Kilometer nicht weniger als 24 M. lohnen.

### Grundlagen der Volkserziehung.

Eine einheitliche nationale Erziehung hat dem deutschen Volke bisher gefehlt. Schon die halb, weil die Schulgesetzgebung Landesgesetz nicht Reichsgesetz war. Überall, wenn nicht überall schon in den unteren Klassen, löst die Schule die Kinder nach Standesunterschieden. Die Volksschulen, die von 95 Prozent besetzt werden, vermitteln nur notwendige Willen, die ihnen untergeordneten Fortbildungsschulen waren nur in modernen Großstädten von Bedeutung und hier nur der Real- und Fachschulen für handwerklichen Beruf. Die Bildungswelt in ihren Schülern eine lebendige geistige Arbeit ermöglichen, waren nur den Reichen zugänglich, obwohl der Staat Mittel aufwende für die für einen höheren Schulbesuch waren als für die Volksschüler aufzuwenden. Zusammen genommen, die Volksschulen, die in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Kindertagesstätten, durch die sie herangezogen war, noch verbleibt.

Der Volkstaat, dessen erste Voraussetzung die tätige Mitarbeit aller Volksteile ist, braucht ein einheitliches Volksschulwesen, eine nationale Einheitschule. Die neue deutsche Reichsverfassung hat daher sehr das mit der höheren Schulreform auf einer für alle gemeinsamen Grundschule aufbauend wird und der Aufsicht der Kinder nach ihren Anlagen und Reifezeiten erfolgt.

Zu diesen Grundlagen, über die entscheidende Deutliche einmütige Meinung, gehört die Grundschule, die von allen Kindern des Volkes unabhängig von Weltverhältnissen, in den ersten Jahren der Schulbildung besucht werden soll. Der vom Reichsministerium des Innern ausgearbeitete Gesetzentwurf über die Grundschule hat seit dem Reichstag vor. Er enthält 5 Paragraphen, die in der Hauptsache bestimmen, daß die Volksschulen in der 4. unteren Volksschule als Grundschule für das mittlere und höhere Schulwesen einzurichten sind. Die Grundschuljahre müssen unbeschadet ihrer Aufgabe als Teile der Volksschule nach ihrem Zweck, ihrem Lehrplan und ihrem Unterrichtsbetriebe so gestaltet werden, daß sie nach erzieherischem Stande ihrer oberen Klasse die ausreichende Vorbildung für den unmittelbaren Eintritt in eine mittlere oder höhere Volksschule gewährleisten. Der Unterricht in der Grundschule beginnt mit dem Beginn des Schuljahres 1920/21, doch bis 1921/22, die untere Klasse nicht mehr als fünf, so daß der Gesamtumfang 1924/25 abschließen ist. Das gleiche gilt auch für die oberen Volksschulen, doch kann hier die nötige Aufschübe bis 1929/30 aufgeschoben werden, um zeitlich mit der Übergabe der Unternehmungen zu verknüpfen. Privatunterricht einzelner Kinder oder der Kinder mehrerer Familien darf nur in dringenden Fällen ausnahmsweise zugelassen werden. Die Vorschriften des Gesetzes finden auf den Unterricht und die Erziehung von Kindern mit bestimmtem Glauben keine Anwendung.

### Steuerrecht bis 15. April d. J.

Wer Vermögen oder Einkommen, das zu einer öffentlichen Abgabe verpflichtet werden müssen, bisher nicht angegeben hat, und deswegen verurteilt worden, kann sich durch Nachzahlung der Abgabe von der Verurteilung freimachen, wenn er die Abgabe bis zum 15. April 1915 und abgeben hat.

Die Abgabe von der Verurteilung freimachen, wenn er die Abgabe bis zum 15. April 1915 und abgeben hat. Die Abgabe von der Verurteilung freimachen, wenn er die Abgabe bis zum 15. April 1915 und abgeben hat. Die Abgabe von der Verurteilung freimachen, wenn er die Abgabe bis zum 15. April 1915 und abgeben hat.

### Bericht über die Schulwesen.

Am 1. März 1920 tritt die Verordnung über die Erhebung einer Abgabe der Schülerbeiträge in Kraft. Die Nationalversammlung hat am 10. August letzten Jahres die Aufstellung von Grundschulen über die Regelung der Volksschulverwaltung beschlossen. Ferner beschloß sie, die Nationalversammlung zu erziehen, sobald eine Verordnungsmaßnahme vorliegt, nach dem die an der Volksschulverwaltung beteiligten Wirtschaftskreise von dem bis jetzt bestehenden Konventionen abzuweichen, um die Volksschulverwaltung zu verbessern, wobei die Volksschulverwaltung abzuweichen haben. Die Nationalversammlung hat am 10. August letzten Jahres die Aufstellung von Grundschulen über die Regelung der Volksschulverwaltung beschlossen.

Am 1. März 1920 tritt die Verordnung über die Erhebung einer Abgabe der Schülerbeiträge in Kraft. Die Nationalversammlung hat am 10. August letzten Jahres die Aufstellung von Grundschulen über die Regelung der Volksschulverwaltung beschlossen. Ferner beschloß sie, die Nationalversammlung zu erziehen, sobald eine Verordnungsmaßnahme vorliegt, nach dem die an der Volksschulverwaltung beteiligten Wirtschaftskreise von dem bis jetzt bestehenden Konventionen abzuweichen, um die Volksschulverwaltung zu verbessern, wobei die Volksschulverwaltung abzuweichen haben. Die Nationalversammlung hat am 10. August letzten Jahres die Aufstellung von Grundschulen über die Regelung der Volksschulverwaltung beschlossen.

Am 1. März 1920 tritt die Verordnung über die Erhebung einer Abgabe der Schülerbeiträge in Kraft. Die Nationalversammlung hat am 10. August letzten Jahres die Aufstellung von Grundschulen über die Regelung der Volksschulverwaltung beschlossen.

Am 1. März 1920 tritt die Verordnung über die Erhebung einer Abgabe der Schülerbeiträge in Kraft. Die Nationalversammlung hat am 10. August letzten Jahres die Aufstellung von Grundschulen über die Regelung der Volksschulverwaltung beschlossen.

Am 1. März 1920 tritt die Verordnung über die Erhebung einer Abgabe der Schülerbeiträge in Kraft. Die Nationalversammlung hat am 10. August letzten Jahres die Aufstellung von Grundschulen über die Regelung der Volksschulverwaltung beschlossen.

Am 1. März 1920 tritt die Verordnung über die Erhebung einer Abgabe der Schülerbeiträge in Kraft. Die Nationalversammlung hat am 10. August letzten Jahres die Aufstellung von Grundschulen über die Regelung der Volksschulverwaltung beschlossen.

Am 1. März 1920 tritt die Verordnung über die Erhebung einer Abgabe der Schülerbeiträge in Kraft. Die Nationalversammlung hat am 10. August letzten Jahres die Aufstellung von Grundschulen über die Regelung der Volksschulverwaltung beschlossen.

Am 1. März 1920 tritt die Verordnung über die Erhebung einer Abgabe der Schülerbeiträge in Kraft. Die Nationalversammlung hat am 10. August letzten Jahres die Aufstellung von Grundschulen über die Regelung der Volksschulverwaltung beschlossen.

Wirtschaftskreise nicht abgeklärt mit der Verordnung nach Aufhebung der Volksschulverwaltung. Am 1. März 1920 tritt die Verordnung über die Erhebung einer Abgabe der Schülerbeiträge in Kraft. Die Nationalversammlung hat am 10. August letzten Jahres die Aufstellung von Grundschulen über die Regelung der Volksschulverwaltung beschlossen.

Am 1. März 1920 tritt die Verordnung über die Erhebung einer Abgabe der Schülerbeiträge in Kraft. Die Nationalversammlung hat am 10. August letzten Jahres die Aufstellung von Grundschulen über die Regelung der Volksschulverwaltung beschlossen.

Am 1. März 1920 tritt die Verordnung über die Erhebung einer Abgabe der Schülerbeiträge in Kraft. Die Nationalversammlung hat am 10. August letzten Jahres die Aufstellung von Grundschulen über die Regelung der Volksschulverwaltung beschlossen.

Am 1. März 1920 tritt die Verordnung über die Erhebung einer Abgabe der Schülerbeiträge in Kraft. Die Nationalversammlung hat am 10. August letzten Jahres die Aufstellung von Grundschulen über die Regelung der Volksschulverwaltung beschlossen.

Am 1. März 1920 tritt die Verordnung über die Erhebung einer Abgabe der Schülerbeiträge in Kraft. Die Nationalversammlung hat am 10. August letzten Jahres die Aufstellung von Grundschulen über die Regelung der Volksschulverwaltung beschlossen.

Am 1. März 1920 tritt die Verordnung über die Erhebung einer Abgabe der Schülerbeiträge in Kraft. Die Nationalversammlung hat am 10. August letzten Jahres die Aufstellung von Grundschulen über die Regelung der Volksschulverwaltung beschlossen.

Am 1. März 1920 tritt die Verordnung über die Erhebung einer Abgabe der Schülerbeiträge in Kraft. Die Nationalversammlung hat am 10. August letzten Jahres die Aufstellung von Grundschulen über die Regelung der Volksschulverwaltung beschlossen.

Am 1. März 1920 tritt die Verordnung über die Erhebung einer Abgabe der Schülerbeiträge in Kraft. Die Nationalversammlung hat am 10. August letzten Jahres die Aufstellung von Grundschulen über die Regelung der Volksschulverwaltung beschlossen.

Am 1. März 1920 tritt die Verordnung über die Erhebung einer Abgabe der Schülerbeiträge in Kraft. Die Nationalversammlung hat am 10. August letzten Jahres die Aufstellung von Grundschulen über die Regelung der Volksschulverwaltung beschlossen.

Am 1. März 1920 tritt die Verordnung über die Erhebung einer Abgabe der Schülerbeiträge in Kraft. Die Nationalversammlung hat am 10. August letzten Jahres die Aufstellung von Grundschulen über die Regelung der Volksschulverwaltung beschlossen.

Am 1. März 1920 tritt die Verordnung über die Erhebung einer Abgabe der Schülerbeiträge in Kraft. Die Nationalversammlung hat am 10. August letzten Jahres die Aufstellung von Grundschulen über die Regelung der Volksschulverwaltung beschlossen.

Grund der Verhandlungen zwischen Reichsregierung, Landbesitzern und Arbeiterlagern im Ruhrgebiet. Am 1. März 1920 tritt die Verordnung über die Erhebung einer Abgabe der Schülerbeiträge in Kraft. Die Nationalversammlung hat am 10. August letzten Jahres die Aufstellung von Grundschulen über die Regelung der Volksschulverwaltung beschlossen.

Am 1. März 1920 tritt die Verordnung über die Erhebung einer Abgabe der Schülerbeiträge in Kraft. Die Nationalversammlung hat am 10. August letzten Jahres die Aufstellung von Grundschulen über die Regelung der Volksschulverwaltung beschlossen.

Am 1. März 1920 tritt die Verordnung über die Erhebung einer Abgabe der Schülerbeiträge in Kraft. Die Nationalversammlung hat am 10. August letzten Jahres die Aufstellung von Grundschulen über die Regelung der Volksschulverwaltung beschlossen.

Am 1. März 1920 tritt die Verordnung über die Erhebung einer Abgabe der Schülerbeiträge in Kraft. Die Nationalversammlung hat am 10. August letzten Jahres die Aufstellung von Grundschulen über die Regelung der Volksschulverwaltung beschlossen.

Am 1. März 1920 tritt die Verordnung über die Erhebung einer Abgabe der Schülerbeiträge in Kraft. Die Nationalversammlung hat am 10. August letzten Jahres die Aufstellung von Grundschulen über die Regelung der Volksschulverwaltung beschlossen.

Am 1. März 1920 tritt die Verordnung über die Erhebung einer Abgabe der Schülerbeiträge in Kraft. Die Nationalversammlung hat am 10. August letzten Jahres die Aufstellung von Grundschulen über die Regelung der Volksschulverwaltung beschlossen.

Am 1. März 1920 tritt die Verordnung über die Erhebung einer Abgabe der Schülerbeiträge in Kraft. Die Nationalversammlung hat am 10. August letzten Jahres die Aufstellung von Grundschulen über die Regelung der Volksschulverwaltung beschlossen.

Am 1. März 1920 tritt die Verordnung über die Erhebung einer Abgabe der Schülerbeiträge in Kraft. Die Nationalversammlung hat am 10. August letzten Jahres die Aufstellung von Grundschulen über die Regelung der Volksschulverwaltung beschlossen.

Am 1. März 1920 tritt die Verordnung über die Erhebung einer Abgabe der Schülerbeiträge in Kraft. Die Nationalversammlung hat am 10. August letzten Jahres die Aufstellung von Grundschulen über die Regelung der Volksschulverwaltung beschlossen.

Am 1. März 1920 tritt die Verordnung über die Erhebung einer Abgabe der Schülerbeiträge in Kraft. Die Nationalversammlung hat am 10. August letzten Jahres die Aufstellung von Grundschulen über die Regelung der Volksschulverwaltung beschlossen.

## Aus dem Verbreitungsbezirk.

### Ein Vorstoß der Bergwerksunternehmer gegen die Gemeinwirtschaft im Bergbau.

Zwischen der Regierung und den Bergwerksunternehmern wird gegenwärtig darum gekämpft, ob die Mittel, die für den Ausbau der Werke aufzubringen sind, den Unternehmern ohne weiteres zufließen sollen, oder ob die Bergwerke für die Bergwerke der Mittel zufließen sollen. Die Regierung hat sich für die zweite Möglichkeit entschieden, die den Bergwerken die Mittel zufließen lassen soll. Die Unternehmern sind dagegen, da die Meinungen sich unüberbrückbar gegenüberstehen. Am Nachmittag desselben Tages hat dann die Unternehmung zum Angriff gegen die Gemeinwirtschaft übergegangen. In einer Sitzung des Reichsfolgebundes, in der die gleichen Fragen wie am Vormittag verhandelt werden sollten, wurde infolge der am Morgen abgegebenen Verträge dieser Punkt von der Tagesordnung abgehoben. Sodann wurde die Frage der Erhöhung der Kohlenpreise infolge des 100prozentigen Lohnzuwachses an den Förderbedienten besprochen, die auf

Lieferung von Bergbauarbeiten über den nach der Verlesung eines Haushalts 4 Pfund Arbeitern, 4 Pfund Auslandsarbeitern 3 Pfund Arbeitern. In der Woche vom 8. bis 14. März 1920 werden auf der Kohleninsel 13 der Kohlen für jede Person eines Haushalts 100 Gramm Maratane zum Preise von 1,65 Mark abgeben. Der Verkauf erfolgt in den Geschäften, in denen die Anmeldung zur Aufnahme des Kohlenlieferanten besteht. Die abgetrennten Kohlen sind abzugeben. Die Kohlenlieferanten sind am Montag, den 15. März, abzugeben.

Mittelschulwesen. Auf Grund der Verordnung über den Verkehr und die Benutzung von Reich und 3 November 1917 wird folgendes anordnet: 1. Auf die Mittelschulen für höhere Frauen (Klasse III) mit dem Buchstaben S) kann am Montag, den 8. März 1920 ab bis auf weiteres auf die für eine Woche alliierten 7 Markenabnahme 1 weitere Klasse ähnliche Schenkmittel (Klasse 2) und 1 Klasse (Klasse 3) abgeben werden. Der Preis für eine große Klasse beträgt 80 M., für eine kleine Klasse 40 M. 2. Auf die Mittelschulen für alte Leute (Mittelschulen) bis 4. Klasse mit dem Buchstaben A) kann am gleichen Zeitpunkt ab bis auf weiteres auf die für eine Woche alliierten 7 Markenabnahme 1 weitere Klasse ähnliche Schenkmittel (Klasse 2) und 1 Klasse (Klasse 3) abgeben werden. Die Abgabe erfolgt wie bisher bei den benannten Mittelschulen, bei denen die Anmeldung zur Aufnahme erfolgt ist.

Unterbezirk Merseburg. Parteigenossen! Agitiert schon heute für die bevorstehenden Wahlen. Stärkt die Stoffkraft unserer Partei, leistet die Finanzen, indem ihr zum Wahlsonntag zehnet. Geht nicht zum Gen. Paul Bauer, Merseburg, Amnest. 19, zu jeder Zeit entgegen.

Merseburg. Wählt zu den Eisenbahnarbeitern! Nächsten Sonntag findet auch hier die Wahl der Eisenbahnarbeiter statt. Geht nicht zum Gen. Paul Bauer, Merseburg, Amnest. 19, zu jeder Zeit entgegen.

Merseburg. Wählt zu den Eisenbahnarbeitern! Nächsten Sonntag findet auch hier die Wahl der Eisenbahnarbeiter statt. Geht nicht zum Gen. Paul Bauer, Merseburg, Amnest. 19, zu jeder Zeit entgegen.

Merseburg. Wählt zu den Eisenbahnarbeitern! Nächsten Sonntag findet auch hier die Wahl der Eisenbahnarbeiter statt. Geht nicht zum Gen. Paul Bauer, Merseburg, Amnest. 19, zu jeder Zeit entgegen.

Merseburg. Wählt zu den Eisenbahnarbeitern! Nächsten Sonntag findet auch hier die Wahl der Eisenbahnarbeiter statt. Geht nicht zum Gen. Paul Bauer, Merseburg, Amnest. 19, zu jeder Zeit entgegen.

Merseburg. Wählt zu den Eisenbahnarbeitern! Nächsten Sonntag findet auch hier die Wahl der Eisenbahnarbeiter statt. Geht nicht zum Gen. Paul Bauer, Merseburg, Amnest. 19, zu jeder Zeit entgegen.

Merseburg. Wählt zu den Eisenbahnarbeitern! Nächsten Sonntag findet auch hier die Wahl der Eisenbahnarbeiter statt. Geht nicht zum Gen. Paul Bauer, Merseburg, Amnest. 19, zu jeder Zeit entgegen.

Merseburg. Wählt zu den Eisenbahnarbeitern! Nächsten Sonntag findet auch hier die Wahl der Eisenbahnarbeiter statt. Geht nicht zum Gen. Paul Bauer, Merseburg, Amnest. 19, zu jeder Zeit entgegen.